Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 9

Artikel: Staatskapitalismus oder Sozialisierung?
Autor: Gurland, A.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329974

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MAI 1929

HEFT 9
8. JAHRGANG

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Staatskapitalismus oder Sozialisierung?

Von *A. Gurland*, Frankfurt a. M.

Daß die Sozialdemokratie sich mit *Trotzkis* utopischem Wirtschaftsprogramm, mit seinem Ruf nach der Diktatur der Industrie über die hundertmillionenköpfige Bauernmasse nicht identifiziert, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden. Ja, sie geht sogar so weit, Trotzkis Verlangen nach einer konsequent unerbittlich sozialisierenden Wirtschaftsführung in Rußland unter den obwaltenden Verhältnissen für reaktionär, weil utopisch und die Arbeiterklasse von ihren eigentlichen Aufgaben ablenkend, zu halten. Trotz alledem werden wir nicht übersehen dürfen, daß Trotzkis politische Verirrung doch einem *sozialistischen* Wollen entspringt, aus einer Sorge um die Wahrnehmung der Interessen der *proletarischen* Klasse erwächst. Gegenüber der privatkapitalistisch organisierten Landwirtschaft verlangt Trotzki die Aufrechterhaltung und Festigung des Uebergewichts der Industrie, weil die Industrie wenigstens formal sich im Besitze der Allgemeinheit befindet, weil das soziale Gewicht der proletarischen Klasse in der Industrie am größten ist und weil schließlich in der Industrie ganz allgemein am ehesten die Keime einer Aufwärtsentwicklung zum Sozialismus zu finden sind als in irgendeinem anderen Wirtschaftszweig.

Und wegen dieser seiner utopischen Forderungen, die aber doch letzten Endes proletarischen, sozialistischen Ursprunges sind, wird Trotzki aus dem «einzigen sozialistischen Lande der Welt» *verbannt*, aus dem «Arbeiterstaate» getrieben, den er selbst aufbauen half! Daß Sozialisten in der Sowjetunion verfolgt, gemartert, gehetzt werden, weil sie sich für *etwas weniger* an terroristischem «Sozialismus» einsetzen, ist ja nachgerade nichts Neues. Aber warum soll die Forderung nach dem *Zuviel* an Sozialismus ein Staatsverbrechen sein, das mit den Mitteln der brutalsten Gewalt und der grausamsten Unterdrückung ver-

folgt zu werden verdient? Warum kann und will der Sowjetstaat nicht dulden, daß Leute da sind — er braucht sie ja nicht gewähren zu lassen —, die *mehr* an Sozialismus fordern, als heute in der Sowjetunion verwirklicht ist. Nun, die Erklärung ist einfach: der Ruf nach einem Mehr an Sozialismus, ja, bloß nach einem bißchen mehr Lohn und Freiheit für die Arbeiter findet lebhaften Widerhall in den russischen Arbeitermassen, die es ernst nehmen mit ihren proletarischen Forderungen, mit der Verteidigung ihres Lebensstandards. Das aber ist etwas, was der Sowjetstaat heute nicht mehr dulden kann — in einer Zeit, wo von den Behörden des Staates und den Verwaltungsorganen der verstaatlichten Industrie ein so scharfer *Druck auf die Arbeitsbedingungen* des Fabrikproletariats ausgeübt wird, daß sogar die bureaukratisierten, verstaatlichten Sowjetgewerkschaften sich dagegen zur Wehr setzen, um nicht spontan und unorganisiert aus der Arbeitermasse selbst hervorbrechende Streikbewegungen heraufzubeschwören; in einer Zeit, wo der «Trud», das Zentralorgan der russischen Gewerkschaften, tagaus, tagein über die *Offensive der «Wirtschaftsorgane»* berichtet, die heute eine Intensivierung der Arbeitsleistung, morgen trotz gesteigerter Leistung eine Beschneidung der Löhne, und übermorgen eine schematische Kürzung der für Lohnzahlungen bewilligten Mittel verlangen. Sozialistische Forderungen, Arbeiterforderungen sollen im Sowjetstaate nicht mehr erhoben werden.

Aber wie denn? Ist denn der *Sowjetstaat* kein *Arbeiterstaat?* Ist nicht im Sowjetstaate die gesamte Industrie mit winzigen Ausnahmen im Besitze des Staates? Und steht nicht an der Spitze der staatlichen Verwaltung eine aus der sozialistischen Arbeiterbewegung hervorgegangene Partei? Hat nicht die Revolution breite Schichten von Fabrikproletariern in die Aemter und Behörden hineingebracht, an die Spitze der Fabriken, der staatlichen Trusts, der Zentralverwaltungen der verstaatlichten Wirtschaftszweige gestellt? Die politische Macht in den Händen einer Arbeiterpartei, die Industrie im Besitz des Staates — und dennoch soll Rußland kein proletarisches Staatswesen sein, dennoch soll der Sozialismus in Rußland nicht marschieren?

Wer die Frage so stellt, beweist indes, daß er die Voraussetzungen des Sozialismus dort gegeben sieht, wo nur die *äußere Form* eine Verwandtschaft mit sozialistischen Forderungen aufweist; der beweist, daß er das Wesentlichste der marxistischen Betrachtung von Staat und Wirtschaft nicht erfaßt hat: hinter dem politischen, organisatorischen, ideologischen Schein das *soziale Wesen* der Erscheinung zu suchen. Haben wir denn nicht in Deutschland die Eisenbahnen, die Elektrizitätswirtschaft zu einem erheblichen Teil, ein gutes Stück der Kaliwirtschaft im Besitz des Staates, unzählige riesige Verkehrs- und Wirtschaftsbetriebe im Besitz der Gemeinden, und ist nicht gegenwärtig die

sozialdemokratische Millionenpartei an der Regierung maßgebend beteiligt? Ist *Deutschland* etwa deswegen ein *Arbeiterstaat?* Haben wir nicht in fast allen kriegführenden Ländern während des Weltkrieges die weitestgehende Kontrolle und Regulierung der Wirtschaft durch den Staat zu verzeichnen gehabt, und waren es nicht sozialistische Arbeiterparteien, die Minister in den Kriegskabinetten in Frankreich, England, Deutschland stellten? Hat *das* geheißen, daß *sozialistische* Staaten den massenmordenden Krieg gegeneinander führten?

Schwerlich wird sich ein Sozialist finden, der diese Fragen mit einem Ja beantwortet. Denn die materialistische Geschichtsauffassung lehrt die Arbeiterklasse, das eigentliche Wesen der Staats- und Wirtschaftsverfassungen nach ihrem sozialen und ökonomischen Klasseninhalt zu werten, und es ist das große Verdienst des kürzlich erschienenen Buches des russischen Sozialdemokraten *A. Jugow «Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme»*[1], diese marxistische Betrachtungsweise bis in die letzte Konsequenz auch auf die Durchleuchtung des sozialen Gehaltes des Sowjetstaates angewendet zu haben. «In Ländern mit entwickeltem Kapitalismus», schreibt Jugow, «sehen wir des öfteren den Staat in der Rolle des industriellen Unternehmers: in Deutschland zum Beispiel spielen die Staatsbetriebe in einer Reihe von Wirtschaftszweigen eine entscheidende Rolle, und auch im zaristischen Rußland gab es in weitem Ausmaß staatliche Fabriken und Bergwerke. Gewiß hat in keinem Lande der Welt die Verstaatlichung der Industrie einen so gewaltigen Umfang angenommen wie in der Sowjetunion; es ist aber durchaus denkbar, daß gerade die Epoche des Spätkapitalismus eine Epoche weitgehender Verstaatlichung der Wirtschaft sein wird, sofern der Kapitalismus, auf dem Wege des auch heute schon sichtbaren Verwachsens des Staates mit den Organisationen der Kapitalistenklasse weit genug fortgeschritten, diese Organisationsform für eine seinen Interessen entsprechende *Maskierung seiner Diktatur* ansehen sollte.» Und insofern enthebt uns auch der Umfang der Industrieverstaatlichung in Rußland nicht der Verpflichtung, nach ihrer ökonomischen Funktion und ihrem sozialen Gehalt zu forschen.

Es kann in diesem Zusammenhang nicht unsere Aufgabe sein, den ebenso gedanken- wie materialreichen Inhalt des angeführten Werkes von Jugow auch nur in schematischer Kürze wiederzugeben; das Buch sollte von jedem denkenden Sozialisten aufmerksam studiert und inhaltlich verarbeitet werden — trägt es doch aus sowjetamtlichen Quellen tiefgreifendes, sorgfältig geprüftes Material zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und

[1] A. Jugow, «Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme», Verlag Kaden & Co., Dresden, 1929.

Struktur des Sowjetstaates zusammen, deren Problematik unter marxistischen Gesichtspunkten — fern von jeder vorgefaßten Haßeinstellung gegenüber dem Sowjetstaat und seinen positiven Leistungen und Errungenschaften — erörtert wird. Nur einige tragende Gedanken der Jugowschen Untersuchung, die allerdings in dieser Schärfe in der sozialistischen Literatur bis jetzt kaum herausgearbeitet worden sind, sollen hier, soweit sie die Analyse des sozialen Gehaltes des Sowjetstaates und der ökonomischen Funktion der Verstaatlichung der Industrie in Rußland berühren, herangezogen werden.

Daß die Grundforderung jedes sozialistischen Programms — die *Sozialisierung* oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel — in der proletarischen Welt gemeinhin begriffen wird als *Uebernahme der privatkapitalistischen Wirtschaft durch den Staat der proletarischen Diktatur*, ist unbestreitbar. Und daß es letztlich auch keinen anderen Weg zur Sozialisierung gibt als die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat, ist ebenso Gemeingut der sozialistischen Gedankenwelt. Aber hierin gerade liegt die Dialektik der materialistischen Geschichtsauffassung und namentlich ihres Diktaturbegriffes, daß schon die Wesensbestimmung der proletarischen Diktatur untrennbar ist von einer Verwirklichung der sozialistischen Organisation der Produktion, und daß anderseits der Begriff der Sozialisierung erst seinen realen Inhalt erhält durch die Aufrichtung der Diktatur der Arbeiterklasse. Nicht jede Verstaatlichung von Fabriken, Bergwerken oder Eisenbahnen ist schon eine Sozialisierung. Und nicht jede sozialistische Arbeiterregierung ist der Ausdruck für die Diktatur des Proletariats. Doch wenn die Diktatur der Bourgeoisie nichts anderes ist als eine mit dem Bestand der kapitalistischen Produktionsweise unzertrennlich verknüpfte Klassenherrschaft eben jener Klasse, die zufolge des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln die herrschende Klasse sein muß, in welcher Form immer sie ihre Diktatur verwirklichen und an welche Unterschicht immer sie die Ausübung ihrer politischen Herrschaft abtreten mag, so ist die *Diktatur des Proletariats* eben jene Klassenherrschaft der Arbeiterklasse, die ihren sozialen Gehalt erst aus der *Vernichtung der Fundamente der kapitalistischen Produktionsweise* schöpft. Die Ausübung der politischen Macht im Staate durch die Arbeiterklasse ist so lange nicht gleichbedeutend mit der Diktatur des Proletariats, als nicht das Bollwerk des Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, beseitigt und die sozialistische Umgestaltung der Produktion in die Wege geleitet wird. Diese Umwälzung der ökonomischen Basis bedingt aber sowohl für die Organisation der politischen Herrschaft als auch für die Organisation der wirtschaftlichen Prozesse eigentümliche Formen, außerhalb deren weder von Diktatur des Proletariats

noch von Sozialisierung gesprochen werden kann. Das sind die Organisationsformen der *proletarischen Demokratie*, die zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel genau so gehören wie diese selbst zur proletarischen Diktatur.

Die Inbesitznahme der Fabriken, Bergwerke, Verkehrsmittel durch den Staat bedeutet in erster Linie ohne Zweifel, daß der *Mehrwert*, den sich bis dahin die Kapitalistenklasse angeeignet hat, auf den Staat übergeht; aber ob diese Verstaatlichung des Mehrwerttitels eine sozialistische Maßnahme ist oder nicht, das hängt davon ab, inwieweit sie auf die Dauer erstens eine *Verkürzung* des Mehrwertes schlechthin zugunsten der arbeitenden Bevölkerung zur Folge hat, inwieweit zweitens der vom Staate angeeignete Mehrwert *gesellschaftlich nützlichen* Zwecken zugeführt wird. Denn ebenso wie der Teil des Mehrwertes, den der kapitalistische Staat in Form von Steuern einheimst, kann auch jener Teil, den er direkt aus der verstaatlichten Produktion bezieht, zur *Aufrechterhaltung eines Herrschafts- und Machtapparates* im Dienste der herrschenden Klasse verwendet werden; es kann im unverfälschten Kapitalismus sehr wohl der Zustand gedacht werden, daß der kapitalistische Staat einzelne Kapitalistenschichten enteignet, um sich in den Besitz ihrer Profit- und Rententitel zu setzen und mit Hilfe dieser Einnahmequellen eine parasitäre, aber seinen Selbstbehauptungszwecken dienliche Bureaukratie, einen kostspieligen militärischen Unterdrückungsapparat und ein Heer von geistigen Funktionären, Ideologen, Journalisten, Lobrednern des kapitalistischen Systems zu erhalten.

Nun hat uns aber *Marx* gelehrt, daß der Staat in seinem Funktionieren, der Staat als Regierungsgewalt kein abstrakter Begriff ist, sondern die Summe eben seiner einzelnen Funktionen; die Daseinsform des Staates tritt in nichts anderem in die Erscheinung als in der Ausübung dieser Funktionen durch die, so von Staats wegen dazu bestimmt sind. Dies aber ist der *Staatsapparat* im engeren Sinne, der Staatsapparat als der Ort der Tätigkeit der *Bureaukratie*. Es ist eine eigentümliche ökonomische Funktion des Staatsapparates, daß er die Verrichtungen der staatlichen Organisation gleichsam als Privateigentum in seinem Besitze hat, und es ist seine spezifische soziale Funktion, daß er jeweils das in der Gesellschaft herrschende Sonderinteresse, das heißt das Interesse der herrschenden Klasse, organisatorisch und ideologisch zu vertreten hat. So hat Marx schon im Jahre 1843 den Staat als Privateigentum einer Klasse geschildert, die ihre Herrschaft von einer besondern Schicht, den Funktionären des Staatsapparates, verrichten läßt. So hat Marx in seinen Randbemerkungen zum Hegelschen Staatsrecht, die erst jetzt im ersten Band der vortrefflichen, von Rjazanov herausgegebenen Marx-Engels-Ausgabe an die Oeffentlichkeit ge-

drungen sind, den Klassenstaat gesehen, und er ist seither nicht müde geworden, immer wieder — im Anschluß an die 1848er Revolution wie an die Pariser Kommune — zu betonen, daß die Durchsetzung der proletarischen Macht nicht möglich sei, wenn nicht von vornherein die *Herrschaftsmaschine des bürgerlichen Klassenstaates zerschlagen* wird und mit der Auflösung der Herrschaftsfunktionen dieses Apparates die Gemeinschaft der Werktätigen selbst die politische Herrschaft antritt. Die Auflösung des bureaukratischen Apparates in der *Selbstverwaltung der werktätigen Bevölkerung* und die alleinige Machtausübung durch diese proletarische Demokratie: das und nichts anderes ist der politische Sinn der proletarischen Diktatur.

Da sehen wir denn auch, wie hier die *politische Organisationsform* der proletarischen Diktatur nur die Kehrseite ist der *ökonomischen Funktion* der Sozialisierung. Nur dann ist die Verstaatlichung der Produktion gleichbedeutend mit einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wenn der vom Staat einbehaltene Mehrwert nicht zur Erhaltung einer besondern Kaste von Dienern und Funktionären irgendwelcher Sonderinteressen einzelner Schichten Verwendung findet, wenn der Staatsapparat aufgelöst wird in der freien Selbstverwaltung der proletarischen Masse und der Mehrwert gesellschaftlich nützlichen Zwecken zugeführt werden kann. Nur dann wird aber auch der politische Staat in seinem sozialen Inhalt eine Wandlung erfahren, aus einem Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zum Befreiungswerkzeug der leidenden und unterdrückten Massen werden können, *wenn die Sozialisierung ihre ökonomische Funktion erfüllt, den Mehrwert seinen privaten Nutznießern zu entziehen und ihn der gesamten Gesellschaft in produktiver Gestalt zur Verfügung zu stellen.* Freilich kann diese Funktion der Sozialisierung nicht allein dadurch verwirklicht werden, daß der eigentliche Herrschaftsapparat der staatlichen Organisation in der demokratischen Selbstverwaltung der Massen aufgelöst wird. Denn immer bleibt noch die Verwaltung und Leitung von Produktionsprozessen die Domäne einer weitverzweigten autoritären Bureaukratie. Wie aber soll die Uebertragung des Mehrwertes auf die Allgemeinheit erfolgen können, wenn nicht einmal seine Produktion der Kontrolle und Ueberwachung durch eine Sonderschicht mit Sonderinteressen und Sonderbestrebungen entzogen ist? Offenbar kann es keine sozialistische Organisation der Produktion geben ohne die weitestgehende und aktivste Anteilnahme der im Produktionsprozeß Tätigen an seiner Leitung und planmäßigen Lenkung; *keine sozialistische Organisation ohne radikale Demokratisierung der Produktionsvorgänge selbst,* ohne konsequente demokratische Selbstverwaltung im Betriebe, in der Werkstatt, im Kontor und bis in die Leitung des zentralen Industrietrusts hinein! Wiederum offenbart sich uns in dialektischer

Entfaltung das politisch-organisatorische Problem der proletarischen Diktatur als unlösbar verbunden mit ihrer ökonomischen Sozialisierungsfunktion: Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeutet nicht nur die wirtschaftliche Enteignung der Kapitalistenklasse und etwa ihre Ablösung durch einen bureaukratischen Verwaltungsapparat, sondern auch die Uebernahme der sozialen Funktion, die das Unternehmertum im Kapitalismus erfüllt, durch die proletarische Demokratie, die Gemeinschaft der Werktätigen. Die Verstaatlichung der Industrie kann nur dann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel im sozialistischen Sinne bedeuten, wenn die Unterstellung der Wirtschaft unter staatliche Leitung Hand in Hand geht mit der *Auflösung des bureaukratischen Staatsapparates*, mit der aktiven *Beteiligung aller Teilnehmer des Produktionsprozesses an seiner Verwaltung und Organisation*, mit der *Demokratisierung* der wirtschaftlichen Organisation, die ihre reale Grundlage in der *Uebertragung des Mehrwertes auf das gesellschaftliche Ganze* findet. Nur als lebendige, gestaltende Tat der bisher ausgebeuteten und geknechteten arbeitenden Masse, die mit der Zerschlagung der kapitalistischen Herrschaftsorganisation nicht ein neues Herrschaftssystem, sondern eine demokratische Selbstverwaltung des gesellschaftlichen Ganzen herbeiführt, kann dann überhaupt proletarische Diktatur begriffen werden.

Erst wenn wir diese Klarheit über das dialektische Ineinandergreifen von proletarischer Diktatur und sozialistischer Wirtschaftsorganisation gewonnen haben, vermögen wir der Untersuchung zu folgen, die *Jugow* in seinem Buche über die Lehren der *russischen Industrieverstaatlichung* anstellt. Was sind in der Tat die Merkmale einer sozialistischen Umgestaltung? «Die Produktionsmittel», sagt Jugow, «Fabriken, Bergwerke, Grund und Boden, sind vergesellschaftet. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird beseitigt. Die Volkswirtschaft wird organisiert, plangemäß, unter Förderung der größtmöglichen Entfaltung der Produktivkräfte und unter Befriedigung der Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung geleitet. Die in der Produktion sich ergebenden gesellschaftlichen Verhältnisse sind auf der Basis der Zusammenarbeit der großen Gemeinschaft der Werktätigen reorganisiert. Die politischen Funktionen des Gemeinwesens befinden sich ganz in den Händen aller Werktätigen.» Ist nun dies alles in der Sowjetunion verwirklicht? *Mit nichten!* So faßt Jugow seine mit durchschlagendem Material belegten Ausführungen folgendermaßen zusammen: «Die Leitung der Industrie liegt nicht in den Händen öffentlich und frei organisierter, aus freier Wahl hervorgehender Wirtschaftsorgane und auch nicht in den Händen gemeinschaftlicher Selbstverwaltungsorganisationen der Werktätigen, sondern in den Händen des *bureaukratischen Staatsapparates*. Der Arbeiter des

Sowjetbetriebes ist kein aktiver Agent des Produktionsprozesses, sondern nur der schlechtbezahlte Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft. Wirtschaftsdemokratie ist in der Praxis nicht vorhanden. Ihre primitivste Form, die Kontrolle der Produktion durch die Arbeitermassen, wurde schon in den ersten Jahren des Sowjetstaates beseitigt. Das später ins Leben gerufene Surrogat der Wirtschaftsdemokratie in Gestalt der Produktionskonferenzen ist zum bloßen Schein degradiert, und besondere Organe einer demokratischen Wirtschaftskontrolle, in denen neben dem Staat auch die Produzenten und die Konsumenten vertreten wären, sind in der Sowjetunion nicht vorhanden. Sowohl die Wirtschaftspolitik als auch der Umfang der Produktion und der Preis der Ware, sowohl die Formen der Betriebsverwaltung als auch die Lohnsätze und die innere Betriebsordnung werden durch die Organe des Staates, ohne die Beteiligung der Arbeitermassen und ohne ihre Kontrolle, bestimmt.»

Aber der *Mehrwert* wird doch vom Staat angeeignet, die Arbeiterklasse nicht von habgierigen Kapitalisten ausgebeutet? «Gewiß», sagt Jugow, «dient die unbezahlte Mehrarbeit in Rußland nicht zur Bereicherung der Besitzer oder der Aktionäre der Betriebe, wie das in der kapitalistischen Gesellschaft der Fall ist, sondern sie wird formell von der Staatskasse angeeignet. Indes braucht man nur zu bedenken, daß die Staatsindustrie in der Sowjetunion nicht imstande ist, aus Eigenem die erweiterte Reproduktion des industriellen Kapitals sicherzustellen, daß sie über den Staatshaushalt jährlich viele hundert Millionen Rubel aus steuerlichen Einnahmen im Wege der Subventionierung erhält; man braucht sich nur der Misere der russischen Schule, des russischen Gesundheitswesens zu erinnern, sich das Hungerdasein von zwei Millionen Erwerbslosen, das Elend der landarmen Bauern und das Sterben der verwahrlosten obdachlosen Kinder vor Augen zu halten, damit die Tatsache sichtbar wird, daß die Vorteile aus der Beseitigung der Kapitalistenklasse nicht gesellschaftlich nützlichen Zwecken zugute gekommen sind. — Und in der Tat wird der Mehrwert durch Tausende von teils offen zutage liegenden, teils nur mit Mühe und Not aufspürbaren Kanälen für die Bereicherung der Würdenträger des Staates, für die Besoldung der hochbezahlten Direktoren und Beiräte, für die Erhaltung des angeschwollenen überflüssigen Angestellten- und Beamtenpersonals, für die Befriedigung des Appetits der gewaltigen Armee der «roten» Kaufleute, Kommissionäre und Lieferanten, für Bestechungen, Ausschweifungen und Defraudationen aus der Produktion hinweggeleitet. Ein kapitalistischer Besitzer der Betriebe ist nicht da, aber es sind viele Tausende von wirtschaftlich überflüssigen, teilweise auch völlig parasitären Elementen vorhanden, die *über den Staatsapparat* ihren Anteil am *Mehrwert*, den der Arbeiter schafft, an sich ziehen.»

Hier sehen wir schlagend, wie die Verstaatlichung der Industrie die *ökonomische und soziale Funktion der Sozialisierung unerfüllt* läßt, wie wenig sie gleichbedeutend ist mit einer sozialistischen Organisation der Produktion und mit anbrechendem Sozialismus, für den in Rußland angesichts der wirtschaftlichen Vorherrschaft der kleinbürgerlich-individualistischen Agrarproduktion die ökonomischen Voraussetzungen fehlen. Jetzt verstehen wir auch, daß *Rußland*, dessen Industrieverstaatlichung keinen proletarischen Klasseninhalt hat, auch *kein Arbeiterstaat*, kein Staat der proletarischen Diktatur ist und keiner sein kann. Der vom Staat angeeignete Mehrwert dient zur Erhaltung einer *breiten Schicht von Funktionären des Staatsapparates*, die freilich zu einem beträchtlichen Teil der Arbeiterklasse entstammen, die aber zufolge der spezifischen sozialen Funktion des Staatsapparates auch immer stärker einer *nichtproletarischen Staatsideologie* verfallen.

Der Staatsapparat ist dazu da, die Klassendiktatur der Klasse auszuüben, der gemäß der Struktur der vorherrschenden Produktionsweise das Uebergewicht zufallen muß. Und da diese Produktionsweise eine halbagrarische, halbbürgerliche ist, also die Keime der *kapitalistischen Wirtschaftsordnung* noch nicht völlig ausgebildet hat, ist auch die herrschende Klasse des auferstehenden Kapitalismus, die *industrielle Bourgeoisie, noch nicht in Reinkultur da*, und *ihre geschichtliche Funktion muß einstweilen vom Staatsapparat*, der auf diese Weise eine *scheinbare Verselbständigung* gegenüber seiner ökonomischen Basis durchmacht, *verrichtet werden*. Diese Funktion ist um so komplizierter, als sich im Schoße der unentwickelten Struktur des kommenden russischen Kapitalismus die verschiedensten Schichten regen, deren Interessen häufig in Widerspruch zueinander geraten, so daß der Staatsapparat hilflos zwischen den Interessen der auferstehenden Bourgeoisie, der verschiedenen bäuerlichen Schichten und schließlich auch des Proletariats, dessen Lebensinteressen die staatskapitalistische Industrie auf Schritt und Tritt verletzt, lavieren muß.

Daher die inneren *Widersprüche*, die ewigen *Schwankungen* und *Kursumstellungen der Sowjetpolitik*. Sie vermögen aber nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der *Staatskapitalismus*, den die russische Industrieverstaatlichung herausgebildet hat, kein Sozialismus ist, sondern nur der *Wegbereiter einer heraufziehenden kapitalistischen Wirtschaft*, deren eigentümliche Organisationsformen sich möglicherweise sehr gut der Verflechtung von Wirtschaft und Staat anpassen werden, in der sich die Diktatur der Bourgeoisie in den Ländern des europäischen und amerikanischen Kapitalismus eine der hochkapitalistischen Epoche angemessene Organisationsform zu schaffen bestrebt ist. Der Klassenkampf des Proletariats aber wird die ihn heute in

Rußland wie auch außerhalb Rußlands einengenden politischen und ideologischen Fesseln um so eher abstreifen können, je deutlicher und klarer sich der *soziale Klassenunterschied zwischen der proletarischen Sozialisierung der Produktionsmittel und den Organisationsformen des Staatskapitalismus* dem Bewußtsein der proletarischen Massen einprägen wird, je schneller das Proletariat sich zu der Einsicht durchringt, *daß es nicht auf* das äußere Schema der Staats- oder Wirtschaftsverfassung ankommt, sondern auf den sozialen Inhalt, den Klasseninhalt, der sich hinter dem Schema verbirgt!

Sozialismus und Alkoholfrage.

Von Dr. *Hans Oprecht*, Zürich.

II.

Eine Wandlung der schweizerischen Branntweinproduktion ist aber nur von einer Wandlung in der bisherigen Obstproduktion zu erwarten. Die schweizerische Landwirtschaft muß dazu übergehen, ihre bisherige Obstproduktion umzugestalten. Es muß mehr Qualitätsobst produziert und weniger der Quantitätsobstbau gepflegt werden. In Holland, in Skandinavien und in Nordamerika ist die Obstproduktion längst auf Qualitätsware eingestellt. Die schweizerische Landwirtschaft muß längst gewohnte, volkswirtschaftlich nichts weniger als wertvolle Betriebsweisen aufgeben, um der Forderung der Jetztzeit auf Rationalisierung durch Sortierung, Standardisierung, Verpackung und Lagerung des Obstes gerecht zu werden. Erfreuliche Ansätze dazu sind in der Landwirtschaft vorhanden.

Die Revision der Alkoholgesetzgebung des Bundes muß bezwecken:

1. Sichere fiskalische Einnahmen aus dem Branntweinmonopol für die Alters- und Hinterlassenenversicherung fließen zu lassen.

2. Eine Verbesserung des Produktionsapparates in der Branntweinwirtschaft.

3. Eine tatkräftige Förderung der landwirtschaftlichen Obstkultur und der alkoholfreien Obstverwertung, und damit

4. Die wirksame Bekämpfung der bestehenden Schnapspest, wenn sie erfolgreich sein will.

Die parlamentarische Behandlung der Revision hat leider bisher nicht den Eindruck erweckt, als ob dieses Ziel restlos erreicht werde. So ergibt sich die Frage, ob nicht auf anderem Wege noch der Schnapsalkoholismus in der Schweiz bekämpft werden könne.